

# Freihandel USA-EU: Neoliberaler Generalangriff gegen soziale und ökologi- sche Schutzrechte

Bereits seit dem Sommer letzten Jahres finden zwischen den USA und der EU Verhandlungen um das Freihandelsabkommen TTIP („Transatlantic Trade and Investment Partnership“) statt. Hinter diesem harmlos klingenden Titel verbirgt sich ein Generalangriff auf die Rechte von Verbrauchern, Lohnabhängigen sowie auf Umweltschutz- und Sozialstandards.

Das offizielle Ziel von TTIP ist die Schaffung eines gemeinsamen Handelsraums zwischen den USA und Europa. Doch bereits jetzt gibt es zwischen den USA und der EU kaum noch Zölle. Das TTIP-Projekt ist in Wirklichkeit weniger ein Handelsabkommen als ein Plan für eine neue, massive Welle von Deregulierungen und Liberalisierungen,

sowohl in den USA als auch in Europa.

Dies soll erreicht werden durch die Beseitigung „nichttarifärer Hemmnisse“. Gemeint ist die Absenkung von ökologischen und sozialen Standards. Dahinter verbirgt sich das neoliberale Credo dass die Abschaffung sozialer Errungenschaften oder ökologischer Schutzbestimmungen einen ökonomischen Nutzen bringen würde.

## Geheimverhandlungen

Das geplante Abkommen betrifft das Schicksal von 830 Millionen Menschen. In einer demokratischen Gesellschaft sollten sie eigentlich das Recht auf einen transparenten TTIP-Prozess haben. Tatsächlich finden die Verhandlungen im Geheimen statt. Es gibt noch nicht einmal eine Kontrolle des EU-Parlaments. Der französische EU-Abgeordnete Jadot beklagte sich öffentlich: "Wenn wir (das EU-Parlament) mal ein Dokument bekommen, wird uns verboten, die Öffentlichkeit zu informieren. Die Bürger werden vollkommen von den Verhandlungen ausgeschlossen." Nach außen gelangt ist die Zusammensetzung der TTIP-Vorbereitungstreffen. Die Gesprächsrunden waren fast



ausschließlich mit Industrievertretern besetzt. VertreterInnen von Verbraucherverbänden, Umweltinitiativen oder Gewerkschaften wurden ausgegrenzt.

Warum werden der Ablauf der Verhandlungen und die erstellten Texte so vor der Öffentlichkeit abgeschirmt? Die Antwort: Die Verhandlungen sind geheim, weil es für die transatlantischen Konzerne um unheimlich viel Geld geht und um den geplanten Bruch von Tabus.

## **Gegenseitige Anerkennung von Standards**

Zwischen den USA und der EU gibt es heute im sozialpolitischen oder ökologischen Bereich große Unterschiede. Doch es wird trotz langer TTIP-Verhandlungen nicht zu einer flächendeckenden Vereinheitlichung von Standards kommen. Auf dem Tisch liegt allerdings die „gegenseitige Anerkennung von Standards“.

Gegenseitige Anerkennung würde beispielsweise bedeuten, dass ein Chemiekonzern, der die Zulassung für eine neue Chemikalie sucht, diese in der EU oder den USA beantragen könnte. Sie würde dann in jedem Fall diesseits und jenseits des Atlantiks gelten. In der EU existiert heute die Chemikalienverordnung Reach, die nach harten Auseinandersetzungen mit der Chemielobby eingeführt wurde. Danach müssen neue Chemikalien registriert werden und besonders giftige Chemikalien sind zulassungspflichtig. Obwohl Reach von der Lobby stark verwässert wurde, ist es immer noch eine Errungenschaft. Mit TTIP wäre Reach für die großen Chemiekonzerne kein Problem mehr. Sie würde ihre Giftstoffe einfach in den USA auf den Markt bringen – die Zulassung in Europa wäre dann durch die „gegenseitige Anerkennung“ sichergestellt.

## **Gene, Klone und Hormone**

Der einzige Wirtschaftssektor, wo die EU sich gegenüber den USA abschottet, sind Lebensmittel und Landwirtschaft. Das US-Agrobusiness will dies mit TTIP ändern. So will das amerikanische Fleischart (AMI) durchsetzen, dass unter Einsatz von Wachstumshormonen erzeugtes Fleisch und Milch auch in Europa verkäuflich sind. Diese Mittel, wie etwa Ractopamin, sind in 160 Staaten der Welt wegen Gesundheitsrisiken für Verbraucher verboten – so auch in allen EU-Ländern, China und Russland. Der Verband der US-Schweineproduzenten (NPPC) sieht das anders: „Die US-Schweinefleisch-Produzenten werden das (TTIP) Ergebnis nur akzeptieren, wenn es das EU-Verbot für den Einsatz von Ractopamin im Produktionsprozess beseitigt“.

Die Industrielobbyisten arbeiten weiterhin daran, dass das aus ihrer Sicht nervige Verbot von geklonten Nutztieren in der EU aufgehoben wird. Und sie wollen die generelle Freigabe für den Anbau genetisch veränderter Pflanzen. Das Denken der Lobbyisten verdeutlichte der ehemalige EU-Botschafter der USA, Stuart-Eizenstat. Der einflussreiche TTIP-Ideengeber sagte in einem Interview des ARD-Magazins Report: „Die Standards in der EU haben ein unbegründet hohes Niveau, das wissenschaftlich nicht fundiert ist. Was für eine amerikanische Familie gutes Essen ist, sollte auch für Europäer gutes Essen sein.“

## **„Schutz des geistigen Eigentums“**

Die USA verbinden mit TTIP weitere Forderungen. Wichtig ist ihnen, dass der „Schutz des geistigen Eigentums“ vertraglich festgeschrieben wird. Der

Hintergrund: Im Kampf gegen die Konkurrenz sind die USA dazu übergegangen, eine Inflation des Patentwesens zu betreiben. Es geht nicht mehr um Innovationen, sondern jede Trivialität kann mittlerweile von den Konzernen patentiert werden. So ist die „Geschenksendung an Dritte“, die man vom Amazon-Versand kennt, ein gültiges US-Patent. Mit TTIP bekäme das parasitäre US-Patentwesen in der EU Rechtskraft. Mit bösen Folgen für viele kleine Unternehmen: Ihnen würden Verkaufsverbote oder hohe Lizenzgebühren auferlegt.

Und es gibt weitere TTIP-Zumutungen: Obwohl der letzte Bankencrash noch nicht lange zurückliegt, haben sich die TTIP-Delegationen von USA und EU völlig dreist bereits auf eine Liberalisierung und Deregulierung von Finanzdienstleistungen geeinigt. Das ausgehandelte Konzept schließt ein Verbot riskanter Produkte und Bankdienstleistungen aus. In diesem Fall würden US-Unternehmen die weniger restriktiven EU-Finanzgesetze nutzen, um mit TTIP die schärferen US-Regulierungen auszuhebeln.

## **Investitionsschutzklauseln**

Wie wollen die Industrielobbyisten nun das TTIP-Abkommen nutzen, um ihre Interessen durchzusetzen? Tatsächlich würde ein erfolgreiches TTIP-Abkommen zunächst einen rechtlichen Rahmen für weitere Vorstöße schaffen - mit dem Ziel, Schutzvorschriften danach komplett zu schleifen. Das Werkzeug dafür sind Investitionsschutzklauseln, die ein Einfallstor für neoliberale Regelungen sind. Sobald das Abkommen da ist, könnten z.B. US-Konzerne den Export ihres Klonfleisches nach Europa einklagen. Der bereits zitierte Lobbyist Eizenstat schließt messerscharf: „Wenn so eine Klage erfolgreich ist, bedeutet das, dass das Land, das die Einfuhr verboten hat, Schadensersatz zahlen muss. Und es muss das Produkt wieder ins Land lassen.“

## **Kapitalistische Schiedsgerichte gegen Schutzrechte**

Die Investitionsschutzklauseln werden flankiert durch die Einführung sog. Schiedsgerichte. Sie stellen einen offenen Angriff gegen bestehende Schutzrechte dar. Wenn beispielsweise die US-Fleischindustrie gegen ein EU-Land klagt, wird diese Klage vor Schiedsgerichten verhandelt, die unter der Aufsicht der UNO und der Weltbank stehen. Die Sitzungen dieser „Gerichte“ finden hinter verschlossenen Türen statt, z.B. in einem Hotelzimmer in New York oder London. Das Gericht besteht aus 3 Anwälten. Je einen Anwalt entsenden die beiden klagenden Parteien. Ein dritter Anwalt bildet den „Schiedsrichter“ und fällt eine bindende Entscheidung.

Wenn TTIP erst einmal eingeführt ist, können Unternehmen Staaten verklagen, wenn diese ihre Umwelt- oder Sozialstandards nach oben anpassen wollen. Wie das aussieht, zeigt ein Beispiel aus Kanada, das mit den USA das Freihandelsabkommen NAFTA abgeschlossen hat. Hier wurde die umstrittene Fracking-Methode, bei der Chemie in die Erde gepumpt wird, um Gas zu gewinnen, eingeschränkt. Wegen möglicher Umweltgefahren wollten die Bürger das Fracking nicht. Darauf verklagte eine US-Fracking-Firma den kanadischen Staat wegen angeblich entgangener Profite auf 250 Millionen Dollar vor einem Schiedsgericht.

## **Was bezweckt die Bourgeoisie mit TTIP?**

Die EU-Kommission arbeitet mit Macht daran, dass das Freihandelsabkommen eingeführt wird. Auch die Bundesregie-

rung unter Merkel und Gabriel wollen TTIP unbedingt einführen. Die Deutsche Regierung gilt innerhalb der EU als treibende Kraft zur Einführung des Freihandelsabkommens. Kein Wunder: Die Hauptprofiteure in Europa werden die deutsche Automobilindustrie und die deutsche Chemieindustrie sein.

In der Auseinandersetzung um TTIP geht es also nicht um eine gute EU gegen eine böse USA. Sicherlich sind die ökologischen und sozialen Standards in den USA meist niedriger als in den EU-Ländern. Aber es ist die europäische Bourgeoisie, die die niedrigen US-Standards als Rammbock nutzen will, um eine Bresche in hiesige Schutzrechte zu schlagen. Und sie will die kapitalistische Konkurrenz weiter entfesseln, um auch Arbeitnehmerrechte schleifen zu können. In Konkurrenz mit den amerikanischen Lohnabhängigen sollen die Zahl der Urlaubstage oder die Höhe der Löhne unter Druck geraten. Die Absenkung der Sozialstandards in Griechenland, bei der die deutsche Bourgeoisie entscheidend mitgewirkt hat, hat auch in Europa eine neue untere Grenze definiert. Mit TTIP könnten auch wir näher an sie herangeführt werden.

## Widerstand ist möglich

Der Protest gegen die Freihandelsverträge wird in vielen Ländern Europas immer lauter. Er reicht weit in bürgerliche Schichten. In Deutschland gehen Merkel und Gabriel mit der üblichen Dreistigkeit darüber

hinweg. Doch der TTIP-Vertrag muss noch einige Hürden nehmen. Sowohl das EU-Parlament als auch die Parlamente der 28 EU-Mitgliedsstaaten müssen den TTIP-Vertrag am Ende noch ratifizieren. In Deutschland muss neben dem Bundestag auch noch der Bundesrat zustimmen. Um zu einem Erfolg zu kommen, sollten die Freihandels-GegnerInnen versuchen, die organisierten Lohnabhängigen in den Abwehrkampf einzubeziehen. Dann stehen die Chancen gut, die neoliberalen Abkommen mit ihren Zumutungen zu verhindern.

---

Die Ökosozialistischen Flugschriften erscheinen in loser Folge. Sie werden gemeinsam herausgegeben vom **Linken Forum Frankfurt (LFF)**, der „**Sozialistische Zeitung**“ (**SOZ**) und der Zeitschrift „**Avanti**“ sowie in Kooperation mit der Bildungsgemeinschaft **SALZ** (Soziales – Arbeit – Leben – Zukunft).

### Kontakt, Bestellung und Mitarbeit :

W. Dubois, Postfach 900264, 60442 Frankfurt/M.,  
[LFF.FFMain@yahoo.de](mailto:LFF.FFMain@yahoo.de)